

Europa Monitor

Nr. 14 im 2023



Europa

Europarat-Mitglied Türkei ignoriert Entscheidung

Bereits vor vier Jahren hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass der türkische Kulturförderer Osman Kavala zu Unrecht in Haft sitzt und sofort freigelassen werden muss. Das hat das Oberste Berufungsgericht der Türkei nun nicht davon abgehalten, die lebenslange Haftstrafe gegen Kavala zu bestätigen – wegen eines angeblichen Umsturzversuchs im Zusammenhang mit den Gezi-Protesten von 2013. Der Richterspruch erhöht nun den Druck auf den Europarat, im Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei Farbe zu bekennen. „Wer dauerhaft ein zentrales Gerichtsurteil hintertreibt, kann kein Mitglied dieser Institution sein“, sagte der SPD-Abgeordnete Frank Schwabe, der Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ist. „Falls die Regierungen jetzt nicht

konsequent handeln, wird die Parlamentarische Versammlung den Druck durch ein eigenes Verfahren erhöhen“, sagte er.

Das Ministerkomitee des Europarats hatte das Vertragsverletzungsverfahren im Dezember 2021 eingeleitet, weil die Türkei das Urteil des Europäischen Gerichtshofs missachtet. In letzter Konsequenz könnte es zu einem Ausschluss der Türkei führen. In der türkischen Opposition und Zivilgesellschaft wurde das Urteil des Berufungsgerichts als weiterer Beleg dafür gesehen, dass die türkische Justiz den Vorgaben der Politik folgt. Der Chef der oppositionellen CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, sprach von einer „Schande“. Das Gericht bestätigte auch die Haftstrafen gegen den Abgeordneten Can Atalay, den Stadtplaner Tayfun Kahraman, die Filmemacherin Çiğdem Mater und die Kulturschaffende Mine Özerden. Sie waren zu jeweils 18 Jahren Haft wegen angeblicher Unterstützung des „Umsturzversuchs“ verurteilt worden. Atalay genießt als gewählter Abgeordneter eigentlich Immunität, was die Justiz ignoriert.



Osman Kavala/ Photo: Amnesty International

Tunis schickt EU-Geld zurück nach Brüssel

Nach Spannungen im Zuge des umstrittenen Migrationsdeals hat Tunesien 60 Millionen Euro Haushaltshilfe an die EU zurückgezahlt. Das teilte eine Sprecherin der EU-Kommission mit. Tunesien hatte zuvor angekündigt, die Mittel abzulehnen. Tunesien "nimmt nichts an, was Gnaden oder Almosen ähnelt", hatte Präsident Kais Saied gesagt. Die Ankündigungen der EU stünden im Widerspruch zu einer zuvor unterzeichneten Grundsatzvereinbarung.



Tunesiens Präsident Kais Saied und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen/ Photo: AFP

Worin Tunis genau einen Widerspruch sieht, wurde zunächst nicht genannt. Man werde weiter an dem Abkommen arbeiten, sagte die EU-Sprecherin. Allerdings mehren sich Zweifel, ob das umstrittene Abkommen zur Migration zwischen Brüssel und Tunis Bestand haben wird. Im Rahmen einer entsprechenden Absichtserklärung vom Juli sollte Tunesien Finanzhilfen von bis zu 900 Millionen Euro erhalten und im Gegenzug stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen.

Österreich

Wiener Buchhandlung propagiert radikales Islamverständnis

Im muslimischen Geschäft „Zahraa“ liegen Bücher aus, die sich an Frauen und Familien richten, die nach einer strengen Auslegung des Islam erzogen werden sollen. Es sind Ratgeber, die Frauen erklären, wie sie sich dem Patriarchat unterzuordnen haben.

ZAHRAA

Way of Life

Das Geschäft wird von einer Frau geführt, die auf der Website des Islamischen Zentrums Wien als Lehrerin des Frauenreferats angeführt wurde und Sonntagsunterricht in deutscher Sprache anbot. Das größte islamische Gotteshaus Österreichs nahm später nicht nur den Namen der besagten Frau von seiner Website, sondern das achtköpfige Frauenreferat gleich mit. Die Besitzerin wurde dann nicht mehr als Teil des Frauenreferats aufgelistet, wie auch alle anderen Mitglieder des Referats. Antwort des Zentrums: Die Frauen hätten sich gewünscht, dass ihr Namen von dort entfernt werden.

Die Werke propagieren ein strenges Islambild, wie man es sonst nur aus Ländern wie Afghanistan oder dem Iran kennt:

„Die Natur will keine vollkommene Gleichheit zwischen den beiden Geschlechtern“. Der Ehemann habe daher die Stellung des Oberhauptes inne, während es die Aufgabe von Frauen sei, die Hausarbeit zu erledigen. Die Gesellschaft lege Frauen eine Bürde auf, „wenn von ihnen verlangt wird, in der Arbeitswelt mit Männern zu konkurrieren, attraktiv auszusehen und sich gleichzeitig um den Haushalt und die Kinder zu kümmern“, wird in einem der Ratgeber erklärt. Ehefrauen müssten sich laut Grundwissen nach der Heirat zudem „nach dem Mann“ richten und dürften das Haus nur mit seiner Erlaubnis verlassen.

Eine Frau müsse ihren Körper verschleiern. In einem der Bücher wird diese vermeintliche Pflicht sogar auf die Hände und das Gesicht ausgeweitet.

Letzteres wird als "Mittelpunkt" der Versuchung beschrieben. Die Verfasser argumentieren, dass Frauen vor "unzüchtigen" Männerblicken geschützt würden, wenn sie sich bedeckten. "Frauen sind mit körperlicher Schönheit und einem weichen und sanften Wesen gesegnet, im Gegensatz zum eher sexuell offensiven Wesen von Männern", heißt es etwa.

Erziehung Freundschaft zwischen Burschen und Mädchen existiere nicht, wird in „Wie begleite ich mein Kind durch die Pubertät?“ erklärt. Vom Kontakt zwischen den Geschlechtern wird abgeraten. Junge Mädchen sollten auf ihre Rolle als Hausfrauen vorbereitet werden, rät eine der Erziehungsfibeln. Sie sollten ihre jüngeren Geschwister beaufsichtigen oder daheim putzen. Burschen sollen "so früh wie möglich auf das Amt als Familienoberhaupt vorbereitet werden" und den Vater bei seinen "Geschäftstätigkeiten" begleiten. Eltern wird zudem nahegelegt, ihre Kinder nur in muslimischen Communitys aufwachsen zu lassen. So lasse sich vermeiden, dass andere Kinder sie "in die Irre führen könnten".

Deutschland

Forderung nach Wiedereinsetzung des Expertenrates „Islamismus“

Islam-Experten und Politiker fordern eine Wiedereinsetzung des „Expertenkreises Politischer Islamismus“. Der Expertenkreis war als Beratergremium an das Bundesinnenministerium angegliedert und wurde 2022 von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) aufgelöst. Als Begründung wurde mitgeteilt, dass man für eine Verstetigung des für ein Jahr geplanten Gremiums keinen Bedarf sehe und eine weitergehende Institutionalisierung nicht vorgesehen sei.

Diese Entscheidung soll nun auf den Prüfstand gestellt werden. Zu den Unterzeichnern gehören

die Islamismus-Expertin Susanne Schröter und Migrationsforscher Ruud Koopmans, die dem damaligen Expertenkreis angehörten, der unter dem früheren Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) 2021 eingesetzt worden war. Auch unterzeichnet ist das Schreiben unter anderem von dem Innenpolitiker Christoph de Vries (CDU), von dem damals die Initiative eines Expertenkreises zu Islamismus ausging, von dem Psychologen Ahmad Mansour und der Berlin-Neuköllner Integrationsbeauftragten Güner Balci.

„Wir, die dieses Statement unterschrieben haben, sind jederzeit bereit, uns dieser Aufgabe zu stellen. Unsere Erreichbarkeiten sind den zuständigen staatlichen Stellen bekannt. Ein Anruf genügt“, heißt es in dem Brief. Ausgangspunkt des Briefes war der Terrorangriff der Hamas gegen den jüdischen Staat Israel. „Seit vergangenen Samstag haben wir erneut einen solchen Moment, der alles erfordert, nur kein Schweigen“, so die Unterzeichner. Die Bilder und Meldungen aus Israel seien „zutiefst erschütternd“ und zeigten das „Ausmaß der Brutalität des palästinensischen Terrorismus“.

In Deutschland hätten sich „mitten in diese medialen Schreckensbilder“ zahlreiche Bilder und Videos dazu gesellt, „in denen Menschen sich nicht nur mit dem Angriff der Hamas solidarisieren, sondern sich in regelrechten Freudentänzen zu verlieren scheinen und die Ermordung und Verschleppung Unschuldiger mit Süßspeisen feiern“. Das „Schweigen“ und „die Relativierung“ seitens islamischer Verbände wird im Brief als „beschämend und bedenklich“ kritisiert. Deutlich heißt es weiter: „Es ist nicht nur an der Zeit, sondern längst überfällig, dass wir uns in Deutschland der Realität stellen; nämlich, dass seit Jahren arabisch und türkisch geprägter Antisemitismus zunimmt und der Hass auf Israel in einem Ausmaß geschürt wird, dass er das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft gefährdet.“



Photo: picture alliance

**ME
NA** RESEARCH
CENTER